Psychosoziale Prozessbegleitung - Informationen für Verletzte einer Straftat

Was ist psychosoziale Prozessbegleitung und wann ist eine solche sinnvoll?

Psychosoziale Prozessbegleitung ist eine besondere Form der Zeugenbetreuung, die die allgemeine Opfer- und Zeugenberatung nicht ersetzt, sondern ergänzt.

Da ein Strafverfahren und eine Aussage in einer gerichtlichen Hauptverhandlung für viele Opfer von Straftaten eine außergewöhnliche Belastung darstellen – nicht zuletzt deshalb, weil hierbei möglicherweise traumatische Erlebnisse wiederholt geschildert werden müssen – kann für besonders schutzbedürftige Personen eine psychosoziale Prozessbegleitung vor, während und nach der Hauptverhandlung eine wertvolle Unterstützung sein. Sie kann dazu dienen, Ängste zu reduzieren, weitergehende Hilfs- und Beratungsangebote zu vermitteln und ein besseres Verständnis über den Ablauf des Strafverfahrens zu fördern. Eine Prozessbegleitung kann hierbei beispielsweise die Begleitung zur Polizei zur Erstattung der Strafanzeige umfassen sowie die Vorbereitung auf die Hauptverhandlung, eine unterstützende Begleitung während der Verhandlung und Vernehmung sowie eine Nachbesprechung.

Im Gegensatz zur rechtlichen Vertretung des Verletzten und zur Beratung durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, handelt es sich bei der psychosozialen Prozessbegleitung um eine nicht - rechtliche Unterstützung des Opfers. Da eine rechtliche Beratung und eine juristische Vertretung nicht in den Aufgabenbereich der Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter fallen, führen diese keine Gespräche mit den Opfern über den Tathergang. Sie dürfen die Zeuginnen und Zeugen nicht beeinflussen und betreiben keinerlei Aufklärung des der Tat zu Grunde liegenden Sachverhalts.

Wer kann psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch nehmen?

Seit dem 1. Januar 2017 haben alle Verletzten einer Straftat grundsätzlich die Möglichkeit psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch zu nehmen (§ 406g Absatz 1 Satz 1 der Strafprozessordnung [StPO]).

Einen Rechtsanspruch auf (für den Verletzten kostenfreie) Beiordnung einer psychosozialen Prozessbegleiterin oder eines Begleiters sieht das Gesetz für minderjährige Opfer schwerer Sexual- und Gewaltstraftaten vor (§ 406g Absatz 3 Satz 1 i.V.m. § 397a Absatz 1 Nummer 4 und 5 der StPO).

Sonstigen Verletzten schwerer Sexual- oder Gewalttaten kann das Gericht eine Begleiterin bzw. einen Begleiter beordnen, wenn die besondere Schutzwürdigkeit des Verletzten dies erfordert (§ 406g Absatz 3 Satz 2 i.V.m. § 397 a Absatz 1 Nummer 1 bis 3 StPO). Insoweit besteht ein Ermessensspielraum des Gerichts.

Was ist für eine Beordnung erforderlich/ Wer ist für eine Beordnung zuständig?

Liegen die Voraussetzungen für die Beordnung nach § 406g Absatz 3 Satz 1 oder 2 StPO vor, wird diese vom Gericht nur auf (formlosen) Antrag des Verletzten gewährt. Der Verletzte muss also einen Beordnungsantrag stellen.

Welches Gericht dabei für die Beordnung zuständig ist, bestimmt sich nach dem Stand des Verfahrens. Im Vorverfahren, also vor Anklageerhebung, entscheidet über den Antrag der Ermittlungsrichter des Amtsgerichtes in dessen Bezirk die zuständige Staatsanwaltschaft ihren Sitz hat. In der Regel bestimmt sich die zuständige Staatsanwaltschaft und demnach das zuständige Gericht nach dem Tatort. Im Hauptverfahren entscheidet über den Antrag das mit der Sache befasste Gericht.

Dem Verletzten soll die Gelegenheit gegeben werden innerhalb einer zu bestimmenden Frist eine Psychosoziale Prozessbegleiterin/ einen psychosozialen Prozessbegleiter seiner Wahl zu benennen (§ 406g Absatz 3 Satz 4 i.V.m. § 142 Absatz 1 Satz 1 StPO). Das zuständige Gericht nimmt deren/ dessen Beordnung vor, wenn dem kein wichtiger Grund entgegensteht.

Wie finde ich eine psychosoziale Prozessbegleiterin/ einen psychosozialen Prozessbegleiter

Eine Liste der anerkannten psychosozialen Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter steht im Internet auf der Seite www.justiz.sachsen.de unter der Rubrik Service/Opferhilfe/Psychosoziale Prozessbegleitung/Verzeichnis der anerkannten psychosozialen Prozessbegleiterinnen und psychosozialen Prozessbegleiter bereit. In dieser Liste ist auch der örtliche Zuständigkeitsschwerpunkt und der sachliche Tätigkeitsschwerpunkt erfasst.

Weitere Informationen finden Sie auch auf den Webseiten der Opferberatungs- und Opferhilfeeinrichtungen. Sie können natürlich auch bei den Polizeidienststellen nachfragen.